

EP-F-01-143 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Antragsteller*in: Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 142 bis 146:

direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen und entbürokratisieren. ~~Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen, kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch eine Reform der Verträge fordern können Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen, kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen.~~

Begründung

Diese Ergänzung wiederholt und konkretisiert die einschlägigen Forderungen - des EGP-Parteitags Antwerpen, 2018, "*Unsere Europäische Union: ENGAGEMENT FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND GEEINTES EUROPA*", https://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/news/files/1.%20Adopted%20Our%20EU_%20a%20de.pdf, dort S. 4 - BDK Münster, 2016, "*Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten*", https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/E-01_Ja_zu_Europa__Mut_zur_Veraenderung.pdf, dort S. 4, - der BDK Dresden, 2014, "*Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten*" (Europawahlprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf, dort S. 72 - der BDK Berlin, 2013, "*Zeit für den grünen Wandel*" (Bundestagswahlprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf, dort S. 206, 286 und 294 Direkte Demokratie gehört von Anfang an, durchgängig und zukunftsweisend zu den zentralen Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen. Zur Verdeutlichung einige besonders wichtige Beschlüsse: - Grundkonsens, Absatz 26 und Absatz 68, siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/140209_-_Satzung_Bundesverband.pdf; - Grundsatzprogramm, S. 129, siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf, - BDK Kiel, "*Demokratischer Aufbruch in Zeiten der Krise*", S. 4f., siehe https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Demokratie-Aufbruch-Krise-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf, - Bundestagswahlprogramm 2013, S. 205f., siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf, - Bundestagsfraktion, 19. 3. 2013, "*Direkte Demokratie auf Bundesebene einführen*", siehe https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Direkte_Demokratie.pdf, - Europawahlprogramm 2014, http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf, dort

S.72,124 und 126 Dies lässt sich übrigens grade in der gegenwärtigen Lage sehr gut begründen; empfohlen sei https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen25_Die_neue_Angst_vor_der_direkten_Demokratie.pdf . Es liegt nahe und ist konsequent, diese Forderung auch für die Europäische Union zu erheben. Deren grösste Schwäche ist ihr Demokratiedefizit. Ihre Akzeptanz und ihre Leistungsfähigkeit erfordern seine Überwindung. Wer eine lebendige europäische Öffentlichkeit will, muss die gemeinsame Meinungsbildung aller EU-Bürger*innen fördern und in einer gemeinsamen Willensbildung zu den gemeinsamen politischen Aufgaben münden lassen. Das geht sofort, sobald die EU-Bürger*innen über wesentliche Weichenstellungen der europäischen Union tatsächlich selbst und direktdemokratisch entscheiden können. Der beste Weg, um notwendige Verbesserungen der Europäischen Verträge einzuleiten, ist eine direktdemokratisch vorgebrachte Aufforderung.

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jürgen Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Schiffer (Düsseldorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Bruno Wipfler (Stuttgart KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Werner Weindorf (München KV); Clemens Rostock (Oder-Spree KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)